

## **Antrag**

**der Abgeordneten Gudrun Kopp, Markus Löning, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Paul K. Friedhoff, Dr. Edmund Peter Geisen, Miriam Groß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP**

### **Globalen Freihandel stärken – Protektionismus bekämpfen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

„Freihandel schafft Wohlstand“. Diese einfache Botschaft hat sich insbesondere in den vergangenen Jahrzehnten täglich bewahrheitet. Auf die zugrunde liegende Tatsache, dass das Nutzen komparativer Vorteile durch alle Marktteilnehmer letztlich auch allen zugute kommt, hat Adam Smith bereits vor mehr als 200 Jahren wie folgt hingewiesen:

„Jeder kluge Familienvater befolgt den Grundsatz, niemals etwas zu Hause anzufertigen, was er billiger kaufen kann. Dem Schneider fällt es nicht ein, sich die Schuhe selbst zu machen, sondern er kauft sie vom Schuhmacher; dem Schuhmacher andererseits fällt es nicht ein, sich die Kleider selbst herzustellen, sondern er gibt sie beim Schneider in Auftrag, und dem Landwirt kommt es nicht in den Sinn, sich dies oder jenes selbst zu machen, sondern auch er setzt die einzelnen Handwerker in Nahrung. Alle sehen den Vorteil darin, ihre Arbeitskraft ganz in der Weise zu betätigen, in der sie etwas vor ihren Nachbarn voraus haben und sich mit einem Teil des Ertrages oder, was dasselbe ist, mit dem Preis dafür das zu kaufen, was sie darüber hinaus brauchen.“

Dieser natürliche Prozess hat durch die technologisch begründete Senkung zeitlicher wie räumlicher Distanzkosten, die heute zumeist als Globalisierung beschrieben wird, schon immer an Fahrt gewonnen, weil dadurch der zugrunde liegende Markt an sich gewachsen ist. Diese Globalisierungsprozesse hat es im Prinzip zu allen Zeiten, allerdings mit unterschiedlicher Dynamik gegeben. Zeitweise wurden sie unterbrochen, wie z. B. durch die Weltkriege, zeitweise massiv beschleunigt, wie z. B. im Rahmen der rasanten Entwicklung elektronischer Telekommunikationsmedien oder der Luftfahrt. In den vergangenen dreißig

Jahren erlebte die Welt eine Phase einer außergewöhnlichen Beschleunigung dieses Globalisierungsprozesses. So ist der Weltgüterhandel in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich schneller gewachsen als die Weltgüterproduktion. Wertschöpfungsketten haben sich international in dem Maße vervielfacht wie die Distanzkosten gesunken sind, so dass früher an einem Ort integrierte Produktionsprozesse heute weite Räume mit einschließen.

Begleitet und unterstützt wurde dieser Prozess durch politische Maßnahmen, die insbesondere in der Weiterentwicklung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (General Agreement on Tariffs and Trade – GATT) zur Welthandelsorganisation (WTO) ihren Ausdruck fanden. Das Ergebnis war eine einzigartige Erfolgsgeschichte, im Zuge derer die Zölle der Industrieländer z. B. im verarbeitenden Sektor im Rahmen von acht multilateralen Zollsenkungsrunden von zweistelligen Niveaus auf im Durchschnitt 3 bis 4 Prozent sanken, während der weltweite Handel sich in fünfzig Jahren vervierzehnfachte. Diese Erfolgsgeschichte kam – entgegen mancher öffentlicher Verlautbarungen so genannter Globalisierungskritiker – insbesondere den Entwicklungs- und Schwellenländern und damit der Armutsbekämpfung zugute. Das Wachstum der Entwicklungs- und Schwellenländer lag in den vergangenen fünf Jahren (5 Prozent) doppelt so hoch wie in den Industrieländern (2,5 Prozent), ihr Anteil am Welthandel wächst stetig, die Auslandsinvestitionen in diesen Ländern haben sich seit 2002 verdoppelt und die Auslandsverschuldung gemessen am BIP dieser Länder ist gesunken.

Vor dem Hintergrund dieser außergewöhnlichen Erfolge und Chancen des jüngsten Globalisierungsprozesses müssen die handelspolitischen Entwicklungen der vergangenen Jahre besorgt stimmen. Seit dem außerordentlich mühsamen Abschluss der Uruguay-Runde 1994 konnte kein WTO-Zeitfahrplan mehr eingehalten werden. Gescheiterte Ministertreffen in Seattle, Cancún, Hongkong und Genf folgten, die immer deutlicher machten, dass ein Konsens der inzwischen 153 WTO-Mitglieder alle Beteiligten vor größte Schwierigkeiten stellt. Gleichzeitig hat die Zahl der bilateralen Handelsabkommen massiv zugenommen.

So existierten unter dem GATT (1947 bis 1995) nur 124 gemeldete präferenzielle Handelsabkommen, ihre Zahl hat sich bis heute mehr als verdoppelt. Alle Mitglieder der WTO sind inzwischen an einem oder sogar mehreren PTAs (Preferential Trade Agreement) beteiligt. Diese PTAs nutzen den Partnern zwar oft, führen in der Regel aber zur Diskriminierung von Drittländern und wirken damit handelsumlenkend. Die Folge sind weltweit steigende Handels- und Transaktionskosten, welche die Entwicklungsländer am stärksten treffen. Gleichzeitig nehmen auch einseitige protektionistische Regelsetzungen wieder zu. Dies ist insbesondere im Bereich der nichttarifären Handelshemmnisse (Non-tariffs Trade Barriers – NTB), wie z. B. bei Produktstandards, beim Missbrauch von Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen sowie diskriminierenden Maßnahmen bei der Zollabwicklung, zu beobachten. So hat beispielsweise die Bundesregierung auf ihrer Kabinettsitzung vom 20. August 2008 beschlossen, das Außenwirtschaftsgesetz dahingehend ändern zu wollen, dass sie ein nicht spezifiziertes oder auf bestimmte Branchen begrenztes Prüf- und Untersagungsrecht bei ausländischen Beteiligungen an deutschen Unternehmen erhält, sofern mehr als 25 Prozent der Anteile übernommen werden.

Dabei profitiert gerade Deutschland wie kaum ein zweites Land der Erde von offenen Märkten. 2007 konnte zum fünften Mal in Folge die Spitzenposition als erfolgreichste Exportnation der Erde verteidigt werden. Insgesamt wurden Waren im Wert von fast 1 Bio. Euro exportiert. Seit Jahren ist der Export auch die entscheidende Stütze der deutschen Konjunktur. All dies zeigt, dass gerade die Bundesrepublik Deutschland nicht tatenlos zusehen kann, wie die internationalen Bemühungen um den Freihandel langsam aber sicher vor die Wand gefahren

werden. Zuletzt scheiterten Ende Juli 2008 die Bemühungen, die Doha-Entwicklungsrunde doch noch zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Seither ist eine Verständigung vor den Präsidentenwahlen in den USA äußerst unwahrscheinlich. Auch die in den Verhandlungen bereits erreichten Kompromisse können bis zu einer endgültigen Einigung nicht umgesetzt werden. Angesichts der herausragenden Bedeutung des freien Welthandels und einer multilateralen Welthandelsordnung für Deutschland und seine Wirtschaft muss die Bundesregierung nun auf allen Ebenen in die Offensive gehen, um einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen zu erreichen.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Europäische Union den WTO-Grundsatz des „Single Undertaking“ einseitig, unkonditioniert und unverzüglich suspendiert. In der Folge sind innerhalb der gescheiterten WTO-Verhandlungen bereits gefundene Kompromisse, wie z. B. der zoll- und quotenfreie Marktzugang für die Produkte der 50 ärmsten Entwicklungsländer zu den Märkten der Industrieländer ab 2008 oder das Auslaufen der EU-Exportsubventionen für Agrargüter bis 2013, umzusetzen.
2. im Rahmen der europäischen Institutionen eine Politik zu verfolgen, die auf die vollständige Öffnung des europäischen Marktes für alle Anbieter abzielt. Zur Realisierung eines diskriminierungsfreien Marktzugangs sind die Einfuhrquoten in allen Bereichen schnellstmöglich abzuschaffen und bestehende Einfuhrbeschränkungen von der Kommission auf ihre weitere Berechtigung zeitnah zu prüfen.
3. sich auf europäischer Ebene insbesondere dafür einzusetzen, dass die Europäische Union binnen fünf Jahren – wenn nötig, einseitig und unkonditioniert – auf die Erhebung von Einfuhrzöllen auf industrielle und landwirtschaftliche Produkte verzichtet.
4. an der Reform der europäischen Agrarpolitik mit dem Ziel mitzuwirken, dass ab 2013 durch den weiteren Abbau von Subventionen, Mengen- oder Preisinterventionen noch größere Spielräume für eine unternehmerische Landwirtschaft in der Europäischen Union geschaffen werden. Insbesondere muss durch eine konsequent degressive Ausgestaltung dieser Instrumente sichergestellt werden, dass alle Marktteilnehmer sich auf das Ende dieser Interventionspolitik einstellen können.
5. durch den Bundesminister für Wirtschaft und Technologie im Deutschen Bundestag einen jährlichen Bericht über die Entwicklungen im Bereich der Welthandelsordnung und die diesbezüglichen Initiativen der Bundesregierung vorzulegen.
6. den Entwurf des 13. Gesetzes zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes und der Außenwirtschaftsverordnung zurückzuziehen.
7. darauf hinzuwirken, dass die Marktzugangsdatenbank (MADB) der EU-Kommission zu einem wirksamen Instrument der Erfassung von globalen Handelshemmnissen ausgebaut wird. Hierzu ist insbesondere eine zeitnahe Erfassung und permanente Aktualisierung erforderlich.
8. sich dafür einzusetzen, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zukünftig nach dem Grundsatz „in dubio pro notification“ eine weitgehende Notifizierung von Subventionen und anderen internen Stützungsmaßnahmen bei der WTO nach den ASCM-Standards (agreement on subsidies and countervailing measures) vornehmen. Kurzfristig bedarf es daher nationaler Verfahrensregeln für Bund, Länder und Gemeinden.

9. im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit stärker als bisher darauf hinzuweisen, welche positiven Effekte eine am Freihandel orientierte Welthandelsordnung nicht nur für die Exportnation Deutschland, sondern vor allem auch für die Bekämpfung der Armut in der Welt hat. Insbesondere der häufig unreflektierten Kritik einzelner Nichtregierungsorganisationen an der WTO sollte von der Bundesregierung entschiedener als bisher begegnet werden.

Berlin, den 23. September 2008

**Dr. Guido Westerwelle und Fraktion**

### **Begründung**

Angesichts der gegenseitigen Blockaden im Rahmen der WTO-Verhandlungen über einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde ist es an der Zeit, dass insbesondere die Industrieländer sich klar werden über ihre eigenen Interessen. Letztlich geht es immer um die Frage, ob es wirklich nützlich ist, Handelsbeschränkungen aufrechtzuerhalten, nur weil andere dasselbe tun. Die Erfahrung zeigt deutlich, dass dem nicht so ist. Jedwede Zölle und nichttarifären Handelshemmnisse sind in etwa genauso sinnvoll wie das Errichten einer Mauer um das eigene Land. Protektionismus nutzt immer nur einigen wenigen – auf Kosten der Allgemeinheit. Aus der Sicht von Nordamerikanern und Europäern ist deshalb letztlich fast jedes Abkommen besser als gar keines. Langfristig schaden tarifäre wie nichttarifäre Handelshemmnisse nur den eigenen Verbrauchern. Deutschland sollte sich deshalb dafür einsetzen, mit dieser Politik ein für alle Mal zu brechen, und zwar zur Not auch einseitig und unkonditioniert.

International würde ein solcher Schritt auch alle anderen Industrie-, Entwicklungs- und Schwellenländer massiv unter Druck setzen, ihrerseits auf Zölle und andere Handelshemmnisse zu verzichten. Das jahrelange Warten darauf, dass andere endlich tun, was ohnehin gut für sie ist, muss ein Ende haben. Deutschland als so genanntem Exportweltmeister stünde es gut zu Gesicht, würde es – durchaus auch im eigenen Interesse – sich dafür einsetzen, dass es Europa ist, das diesen ersten entscheidenden Schritt geht, der es anderen ermöglicht, ihre wahren Interessen zu verfolgen.